

Ölpreisanstieg erzeugt Margendruck und Stagflation

- **Der Ölpreis steigt**
- **Und mit ihm der CRB-Rohstoffindex**
- **Sowie die allgemeine Geldentwertung**
- **Ein Abschwung kündigt sich an**
- **Es gibt auch Aktien, die davon profitieren**
- **Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?**
- **Kein Geld für Hochschulen**

Die 1970er Jahre lassen grüßen

Liebe Leser,

Ölpreisschock, Inflationsschub, schwache Konjunktur: Diese Begriffe kennen Sie vielleicht noch aus den 1970er Jahren. Grund für den hohen Ölpreis war damals die Drosselung der Ölproduktion mehrerer OPEC-Staaten um 25 Prozent während des Jom-Kippur-Krieges, um den Verbündeten Israels zu schaden. Erinnern Sie sich auch noch an die Sonntags-Fahrverbote im November 1973, als man Spaziergänge auf Autobahnen machen konnte?

Der Wirtschaftsmotor Deutschlands stotterte heftig, während die Preise stiegen. Für diese Kombination aus schwacher Wirtschaft und hoher Geldentwertung, die es - nebenbei bemerkt - laut keynesianischem Lehrbuch gar nicht hätte geben können, wurde aus einer Zusammensetzung der Wörter „Stagnation“ und „Inflation“ der Begriff „Stagflation“ geprägt.

Die 1970er Jahre waren das Jahrzehnt der Stagflation. An den Finanzmärkten waren sie geprägt von stark steigenden Rohstoff- und Edelmetallpreisen sowie fallenden Aktien- und Anleihenkursen. Interessanterweise bezeichnete man damals in den USA Staatsanleihen als Enteignungspapiere, weil die Geldentwertung deutlich höher war als die Zinsen und die Anleihenkurse einbrachen.

Der Ölpreis steigt

Jetzt sieht es so aus, als könnte von den USA ausgehend und angeheizt von einer jahrelangen ultra-expansiven Geldpolitik eine Neuauflage dieser ökonomisch schwierigen Zeiten bevorstehen. Denn der Rohölpreis befindet sich schon seit Anfang 2016 in einem Aufwärtstrend. Von den Medien weitgehend unbemerkt, aber in meinem Börsenbrief Krisensicher Investieren regelmäßig analysiert, hat er sich seither von weniger als 30 \$ pro Barrel der Sorte WTI auf rund 70 \$ schon mehr als verdoppelt.

Der Chart, den ich hier aus Platzgründen nicht zeigen kann, lässt keinerlei Schwächezeichen erkennen. Die Charttechnik signalisiert also eine Fortsetzung dieses Aufwärtstrends.

Und mit ihm der CRB-Rohstoffindex

Rohöl ist der Schmierstoff der Weltwirtschaft. Sein Preis hat einen großen Einfluss auf die Konjunktur. Der CRB-Rohstoffindex gewichtet die in ihm enthaltenden Rohstoffe nach ihrer Bedeutung für die Weltwirtschaft. Energie hat eine Gewichtung von 39%, landwirtschaftliche Produkte inklusive Vieh werden mit 41% gewichtet und Metalle mit 20%.

Der folgende Chart zeigt Ihnen den Verlauf des CRB-Rohstoffindex seit 2014. Wie Sie sehen, hat dieser wichtige Index eine große Bodenformation nach oben abgeschlossen. Damit wird der starke Abwärtstrend, der 2011 begonnen hatte, von einem neuen Aufwärtstrend abgelöst. Deshalb rate ich Ihnen, sich - auch in Deutschland - auf weiter steigende Energie- und Lebensmittelpreise einzustellen.

CRB-Rohstoffindex, 2014 bis 2018



Der Rohstoffindex hat eine große Bodenformation beendet. Damit signalisiert er steigende Rohstoffpreise und zunehmende Geldentwertung.

Quelle: StockCharts.com

Sowie die allgemeine Geldentwertung

Klagen über zunehmenden Margendruck aufgrund steigender Preise ziehen sich wie ein roter Faden durch die jüngsten Quartalsberichte der US-Unternehmen. So unterschiedliche Firmen wie Pepsi, Hershey, UPS oder Caterpillar berichten von steigenden Preisen. Und das nicht nur bei

Rohstoffen, sondern auch bei Transportkosten, Lebensmittelpreisen sowie Löhnen und Gehältern. Dieser Preisdruck ist auf den höchsten Wert seit sieben Jahren geklettert.

Ein Abschwung kündigt sich an

Gleichzeitig sind beispielsweise der wichtige US-Industrieproduktionsindex und der Frühindikator der Philadelphia Fed überraschend stark zurückgegangen. So kündigt sich gewöhnlich ein konjunktureller Abschwung an. Der Weg in die Stagflation scheint vorgezeichnet – auch in Deutschland, wo die jüngsten Konjunkturdaten ebenfalls schwach ausgefallen sind.

Der kanadische Analyst David Rosenberg, den ich in meinen acht Jahren bei Merrill Lynch als sehr kompetenten, klugen und kritischen Chefvolkswirt schätzen gelernt habe, fasst diese bedrohliche Entwicklung – steigende Preise gepaart mit einem Wirtschaftsabschwung – folgendermaßen zusammen: „In einem Wort: Stagflation“

Es gibt auch Aktien, die davon profitieren

Es gibt natürlich Unternehmen, insbesondere Rohstoff-Aktien, die in diesem Umfeld prosperieren. Während die allgemeinen Aktienmärkte schweren Zeiten entgegensehen, steigen die Aktienkurse dieser Firmen deutlich. So zeigt unser im Dezember zum Kauf empfohlenes Goldminen-Depot, das derzeit aus fünf Minenaktien besteht, jetzt schon einen Buchgewinn von 20,7% - während der DAX im gleichen Zeitraum um 2% gefallen ist.

Es sind jedoch nicht nur die Edelmetallaktien, die durch die hier geschilderte Entwicklung starken Rückenwind erhalten. Auch Aktien von Rohstoffunternehmen sind positiv betroffen. Deshalb haben wir unseren Lesern kürzlich zwei Unternehmen zum Kauf empfohlen, die von steigenden Ölpreisen profitieren, und ganz aktuell zwei weitere sowie einen international tätigen Energieversorger, dessen Aktie gerade ein starkes langfristiges charttechnisches Kaufsignal gegeben hat.

Während die allgemeinen Aktienmärkte teilweise extrem überbewertet sind und auf eine Baisse zusteuern, gibt es jenseits der DAX- und MDAX- und S&P 500-Werte exzellente Börsenchancen, die Sie zu Ihrem Vorteil nutzen sollten. Details dazu und solides Hintergrundwissen, das jeder Börsianer kennen sollte, lesen Sie in meinem Börsenbrief [Krisensicher Investieren. Bestellen Sie noch heute Krisensicher Investieren – 30 Tage kostenlos.](#)

Ich wünsche Ihnen ein sonniges Wochenende,

Ihr

Claus Vogt

Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: Unser Tesla-Short ist bereits mit 39,9% im Plus. Weitere Short-Kandidaten werden in Krisensicher Investieren schon bald folgen.

P.P.S.: Sie wollen Woche für Woche über die Börse sowie Wirtschaft informiert werden und den kostenlosen Claus Vogt Marktkommentar direkt in Ihr Postfach bekommen, dann melden Sie sich [hier](#) ganz einfach mit Ihrer E-Mail an.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen? (25.05.2018)

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Kein Geld für Hochschulen

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn der Staat jahrelang zu wenig Geld für die Unterhaltung seiner Gebäude bereitstellt, entsteht nach und nach ein Sanierungsstau, der nur schwer wieder zu beheben ist.

Investitionen der öffentlichen Hand sind von großer Bedeutung für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben. Sie verbessern die Lebensbedingungen der Menschen und erhöhen die Produktivität der Wirtschaft. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern zeigt Deutschland seit mehreren Jahren eine deutliche Schwäche bei den Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

Überall in unserer Republik beklagen die für die Unterhaltung der öffentlichen Gebäude Verantwortlichen einen Sanierungsstau, zu dessen Behebung erhebliche Beträge erforderlich wären. Besonders dramatisch ist die Situation in den Hochschulen und Hochschulkliniken.

Da geht es bei großen Universitäten um Hunderte von Millionen, die ausgegeben werden müssten, um die betreffende Bildungseinrichtung baulich wieder auf einen angemessenen Stand zu bringen. Ein vor kurzem bekannt gewordenes Gutachten zeichnet im Einzelnen nach, wie der Sanierungsstau bei zwei Universitäten entstanden ist und was getan werden sollte, um derartige Entwicklungen zu verhindern.

Die Abschreibungen bei den Hochschulgebäuden sind zu niedrig

Auch Bauwerke des Staates unterliegen einer Abnutzung. Der Werteverzehr aufgrund der Abnutzung wird in der Vermögensrechnung durch Abschreibungen abgebildet, an denen sich wiederum die zu tätigen Investitionen orientieren. In dem betreffenden Bundesland wird für öffentliche Gebäude generell eine Nutzungsdauer von 50 Jahren angesetzt und damit ein Abschreibungssatz von zwei Prozent. Dies gilt auch für den Hochschulbereich.

In der Fachwelt wird eine Nutzungsdauer von 50 Jahren bei Gebäuden für Lehre und Forschung jedoch nicht für realistisch gehalten, da es sich um technisch hoch ausgestattete Gebäude mit speziellen Nutzungsanforderungen handele. Vielmehr müsse für viele Hochschulgebäude von einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 35 Jahren und damit einem Abschreibungssatz von drei Prozent ausgegangen werden. Dementsprechend wird in dem Gutachten ausgeführt, dass die bisherigen Abschreibungen im Hochschulbereich tendenziell zu niedrig waren, den tatsächlichen Werteverzehr somit nicht widerspiegeln und in Zukunft deutlich erhöht werden müssten.

Nicht ausreichende Instandhaltung führt zu erhöhtem Abschreibungsbedarf

Nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen sollen Abschreibungen mit Ablauf der betriebsüblichen Nutzungsdauer durch Reinvestitionen ausgeglichen worden sein. Die

betriebsübliche Nutzungsdauer eines Vermögensgegenstandes ist aber nur zu erreichen, wenn die Vermögensgegenstände ordnungsgemäß instand gehalten werden. Hierzu müssen 1 bis 1,5 Prozent der Gebäudeneuwerte jährlich aufgewendet werden.

Wenn jedoch aufgrund zu geringer Finanzausstattung Instandhaltungsmaßnahmen nicht rechtzeitig und sachgemäß durchgeführt werden, führt dies zu einer vorzeitigen Abnutzung der Bauwerke. Es kommt zwangsläufig zu einer Reduktion der Nutzungsdauer und in deren Folge zu erhöhtem Abschreibungsbedarf.

Nach Auffassung der Gutachter war die zu geringe Finanzausstattung für den Gebäudeerhalt ein wesentlicher Grund für den stetig wachsenden Vermögensverzehr bei den Hochschulgebäuden, welcher sich in einem wachsenden Sanierungsstau ausdrückt. Die entstandenen Sanierungsbedarfe müssten in Zukunft durch zusätzliche außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt werden.

Folgeschäden durch unterlassene Instandhaltung

In dem Gutachten wird auch auf den engen Zusammenhang zwischen der Instandhaltung und der Lebensdauer der betreffenden Bauwerke hingewiesen. Werde ein Bauteil trotz Erreichen der Abnutzungsgrenze nicht instandgesetzt, könnten Folgeschäden entstehen. So könne zum Beispiel die verzögerte Reparatur einer undichten Regenrinne zu Schäden am Fassadenputz bis hin zur Durchfeuchtung der Wand führen. Die verkürzte Nutzungsdauer eines Bauteils könne sich unter Umständen auf die Nutzungsdauer eines gesamten Gebäudes auswirken und zu einem weitreichenden Vermögensverzehr führen. Dementsprechend haben die Gutachter davor gewarnt, die Ausgaben für die Bauunterhaltung unter die erforderlichen Bedarfe abzusenken, da sich dadurch Sanierungsaufwendungen anstauen, die durch Folgeschäden zu Mehrausgaben in künftigen Jahren führen.

Unnötige Provisorien und höhere Bewirtschaftungskosten

Weiterhin haben die Gutachter bauliche Provisorien festgestellt, welche aufgrund einer zu geringen Finanzausstattung getätigt worden waren und bei einer späteren Generalsanierung keinen Bestand haben können. Provisorien verursachen Mehrkosten, die es zu vermeiden gilt. Zielführend wäre nach Auffassung der Gutachter, investive Maßnahmen und Bauunterhaltsmaßnahmen in eine langfristige Instandhaltungs- bzw. Investitionsplanung einzuordnen. Schließlich haben die Gutachter darauf hingewiesen, dass vernachlässigte Bauunterhaltsmaßnahmen zu höheren Kosten bei der Bewirtschaftung der Gebäude führen. So verursachten beispielsweise undichte Fenster oder fehlende Fassaden- bzw. Dachdämmungen erhöhte Heizkosten.

Der Staat muss mehr Geld zum Erhalt seiner Bausubstanz bereitstellen

Für den Hochschulbereich regen die Gutachter eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Hochschulen an, um dadurch Flächen- und Kosteneinsparungen zu erzielen. Sie führen als Beispiel an, dass durch eine hochschulübergreifende gemeinsame Nutzung von Seminarräumen an einem großen Hochschulstandort Investitionsausgaben in Millionenhöhe eingespart worden seien. Zudem hätten sich dadurch die Folgekosten verringert. Der Grundgedanke dieser Empfehlung ist sicherlich richtig, jedoch lassen sich derartige gemeinsame Nutzungen in der Praxis nur sehr mühsam durchsetzen.

Es bleibt die Erkenntnis, dass bei der öffentlichen Infrastruktur vielfach am falschen Ende gespart worden ist. Der Staat wird nicht umhinkönnen, liebe Leserinnen und Leser, in Zukunft ausreichende Mittel zum Erhalt seiner Bausubstanz bereit zu stellen, sagt voller Überzeugung

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfalle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).